

# BESCHLUSS

---

**des Präsidiums der FDP, Berlin, 27. Januar 2020**

---

## 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz: Verantwortung übernehmen für Freiheit und Menschenrechte

Am 27. Januar 2020 jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 75. Mal. An diesem Tag gedenken wir aller Menschen, die dem nationalsozialistischen Regime zum Opfer gefallen sind. Dieser Gedenktag ist zugleich eine Mahnung an Gesellschaft und Politik, auch heute und in Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen Antisemitismus einzutreten und sich für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte stark zu machen.

Deutschland trägt auch 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz eine besondere Verantwortung – nicht nur für die Vergangenheit, sondern für die Gegenwart und die Zukunft. Das Wiedererstarken des Antisemitismus in unserem Land und in Europa sind Anlass zu großer Sorge und für politischen Handlungsbedarf. Der Terroranschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, dem Tag des jüdischen Versöhnungsfestes Jom Kippur, war ein Angriff auch auf unsere offene Gesellschaft. Auch im Alltag finden immer häufiger Angriffe auf Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Herkunft statt. Jüdinnen und Juden fühlen sich zunehmend bedroht, das Tragen einer Kippa ist nicht überall selbstverständlich und „Jude“ gilt auf Schulhöfen teils als Schimpfwort. Zudem geben die Verrohung der Sprache und sich rasant verbreitender Antisemitismus in sozialen Netzwerken Anlass zur Sorge. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen befördern diese Entwicklungen zusätzlich. Es gilt daher mehr denn je, antisemitischen, ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen entgegenzutreten.

Wir Freie Demokraten wollen jeder Form von Hass und Intoleranz vorbeugen und dazu die politische Bildung stärken. Gerade junge Menschen müssen in den Schulen noch mehr sensibilisiert werden, Antisemitismus und Rassismus zu erkennen und entgegenzutreten. Dazu gehört auch stete Aufklärung und Wissensvermittlung durch pädagogische Konzepte über jüdisches Leben, den Holocaust und eine vielfältige Gesellschaft. Darüber hinaus wollen wir die Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen stärken. Jugendliche müssen schon früh lernen, mit Falschmeldungen und Emotionalisierung im Netz umzugehen. Notwendig sind auch eine Weiterentwicklung der Lehrerbildung und entsprechende Schulungen der Lehrkräfte. Gegenstand der Aus- und Weiterbildung soll auch der Umgang mit Vorurteilen, Diskriminierung und Hass sein.

Der historischen Verantwortung muss Deutschland auch über seine Grenzen hinaus gerecht werden und sich weltweit entschieden gegen Antisemitismus und für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Denn leider stellen wir fest, dass Menschenrechte und individuelle Freiheiten

vielerorts eingeschränkt werden. Dem Aushöhlen der Rechte von Minderheiten muss Deutschland daher insbesondere im Rahmen der Europäischen Union (EU) und der internationalen Gemeinschaft entschieden entgegenwirken. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen politischen Lage im Nahen Osten setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass Israel, Deutschland und die EU politisch eng zusammenarbeiten. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass wir die Pflege der deutsch-israelischen Freundschaft nicht allein staatlichen Stellen überlassen, sondern wirtschaftliche, kulturelle, gesellschaftliche und wissenschaftliche Verbindungen zwischen Israelis und Deutschen festigen und weiterentwickeln. Der Austausch im Jugendbereich spielt hier eine besonders wichtige Rolle und sollte verstärkt werden.

Ein friedliches Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft ist nicht selbstverständlich, sondern eine ständige Aufgabe und Herausforderung. Wir Freie Demokraten werden daher unsere offene Gesellschaft und die Freiheit jedes Einzelnen mit aller Kraft verteidigen.